

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 49/2025

Inhalt

- ❖ Aus der Region
Seite 2-4
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 4-7
- ❖ Flucht und Asyl
Seite 7-12
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 12-16
- ❖ Desintegration
Seite 16-18
- ❖ Migration weltweit
Seite 18-19
- ❖ Kultur
Seite 19
- ❖ Persönlichkeiten
Seite 20-21
- ❖ Impressum
Seite 21

Liebe Leserinnen und Leser,

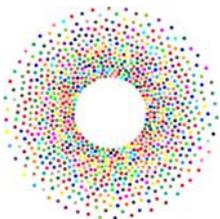
in einer Welt, die zunehmend von Unsicherheit und Polarisierung geprägt ist, braucht es echten Mut zur Vielfalt. Diversity ist kein Modetrend, sondern ein entscheidender Standortvorteil für Gesellschaft und Wirtschaft. Studien zeigen klar: Diverse Teams sind kreativer, innovativer und wirtschaftlich erfolgreicher. Doch während Unternehmen in den USA ihre Diversity-Programme zurückfahren, dürfen wir diesen Fehler in Deutschland nicht wiederholen. Vielfalt bedeutet, die komplexen Herausforderungen unserer Zeit mit ebenso komplexen Lösungsperspektiven zu begegnen. Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Perspektiven, finden gemeinsam bessere, nachhaltigere Antworten – ob im Unternehmen, in der Wissenschaft oder im Alltag. Ein Beispiel für gelungene Zusammenarbeit liefert das [Berliner Projekt „Kiezgesundheit gemeinsam gestalten“](#). Dort arbeiten Pflegekräfte, Sozialarbeiter und Ärzte aus über 15 Nationen eng zusammen, um die Gesundheitsversorgung in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern. Sprachbarrieren werden gemeinsam überwunden, kulturelle Unterschiede nicht als Hürde, sondern als Bereicherung begriffen. Die Folge: höhere Zufriedenheit bei den Patientinnen und Patienten, bessere Versorgung, stärkere Gemeinschaft. So kann gelebte Vielfalt aussehen.

Und doch wird das Fremde zu oft als Bedrohung erzählt. Begriffe wie „Überfremdung“ oder „Parallelgesellschaft“ sind längst Teil rechter Narrative geworden, die Angst statt Neugier säen. Dabei sind wir alle irgendwann irgendwo fremd – und haben gerade dadurch gelernt, empathischer, kreativer und offener zu sein. Es ist Zeit, diese Geschichten des Miteinanders stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Menschen, die gemeinsam etwas aufbauen, sind kein Ausnahmefall – sie sind längst Realität. Was wir brauchen, ist ein Perspektivwechsel: Weg von der Angst vor dem Fremden, hin zur Wertschätzung des Anderen. Denn die Rohstoffe der Zukunft sind nicht Kohle oder Öl, sondern Ideen, Wissen und Zusammenarbeit. Je vielfältiger wir sind, desto stärker sind wir – wirtschaftlich, sozial, menschlich. Lassen wir uns also nicht vom Rückschritt verführen. Vielfalt ist unsere Chance. Nutzen wir sie.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



1

Jetzt bewerben

Integrationspreis 2025 im LDK

Bereits zum 7. Mal verleiht der Lahn-Dill-Kreis den Integrationspreis – eine Auszeichnung für gelebte Solidarität und gesellschaftliches Engagement. Bis zum 31. Mai 2025 können sich Einzelpersonen, Gruppen oder Vereine, die sich für Integration und Miteinander einsetzen, für den Preis bewerben. Den Gewinnern winken bis zu 1.500 Euro Preisgeld. Gesucht werden kreative Ideen und engagierte Projekte, die Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur zusammenbringen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich sowohl mit Projekten, die sie bereits seit Langem für eine offene und vielfältige Gesellschaft umsetzen, als auch mit neuen Ideen und frisch gestarteten Initiativen bewerben. Über die Verleihung des Preises entscheidet eine Jury aus Mitgliedern des [WIR-Beirates](#). Verkündet werden die Gewinnerinnen und Gewinner bei einer Preisverleihung am 19. September 2025 im Rahmen der Interkulturellen Woche im Lahn-Dill-Kreis. Bis zum 31. Mai 2025 können Interessierte ihre Vorschläge und/oder Bewerbungen per Post oder E-Mail einreichen WIR@lahn-dill-kreis.de.



Neues Motto „dafür!“

Interkulturelle Woche 2025 im LDK

dafür!“ - so lautet das Motto der Interkulturellen Woche (IKW) 2025. In diesem Jahr findet sie bundesweit zum 50. Mal statt. Mit der Interkulturellen Woche vom 19. September bis zum 03. Oktober schaffen wir auch im Lahn-Dill-Kreis Räume – für Dialog, Begegnung, den Abbau von Vorurteilen, für gegenseitiges Verständnis. Menschen sollen gleichberechtigt teilhaben, unabhängig von Herkunft und Glauben. Mit der IKW setzen wir ein Zeichen gegen Diskriminierung und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir setzen uns ein für Menschenrechte und eine menschenwürdige Behandlung von allen, die zu uns kommen und friedlich mit uns leben. Das Vielfaltszentrum des LDK übernimmt auch in diesem Jahr die Koordination und die Erstellung des Programms. Anfang April fand bereits ein Online-Vernetzungstreffen für interessierte Veranstalter statt. Anmeldungen von geplanten Veranstaltungen und weitere Fragen zur IKW nimmt das Vielfaltszentrum gerne entgegen wir@lahn-dill-kreis.de.

2

Erstaufnahmeeinrichtung

In Hessen kommen weniger Flüchtlinge an

In der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen entwickeln sich die Zugangszahlen geflüchteter Menschen nach Jahresbeginn weiter moderat. Wöchentlich kämen derzeit etwa 330 Menschen in der Einrichtung in Gießen an, die meisten davon aus der Ukraine. Im vergangenen Jahr seien es regelmäßig etwa 500 bis 700 Geflüchtete pro Woche gewesen, teilte das [Regierungspräsidium Gießen](#) mit. Hauptgrund für den Rückgang der Ankünfte wird in den verstärkten Grenzkontrollen gesehen.

Hessisches Innenministerium

An jedem dritten Tag ein Angriff auf Flüchtlinge

Der kürzlich vorgelegten [Polizeilichen Kriminalstatistik](#) zufolge ist die Kriminalität in Hessen 2024 im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen – zugleich ist die Zahl politisch rechts motivierter Straftaten deutlich gestiegen. So wurden im vergangenen Jahr 4.443 Straftaten als politisch motiviert eingestuft – rund 30 Prozent mehr im Jahr zuvor. Den größten Anteil mit 2.375 Straftaten wurden dem rechtsextremen Bereich zugeordnet, ein Zuwachs von 57 Prozent. Im vergangenen Jahr sind in [Hessen 121 Angriffe auf Flüchtlinge](#) und Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet worden. 120 davon seien als politisch rechts motivierte Taten eingeordnet worden. Laut Aufstellung wurde der erste derartige Fall am 9. Januar 2024 in Gudensberg (Schwalm-Eder-Kreis) registriert und der letzte am 26. Dezember in Gießen.

Gießener Experten fordern bessere Versorgung

Was Flüchtlingen bei psychischer Erkrankung hilft

Geflüchtete sind etwas häufiger von schweren [psychischen Erkrankungen](#) wie zum Beispiel paranoider Schizophrenie betroffen als die ortsansässige Bevölkerung. Laut Dr. Bernd Hanewald vom Universitätsklinikum Gießen-Marburg spielen neben biologischen Faktoren auch soziale Belastungen wie Isolation, Arbeitslosigkeit und ein ungeklärter Aufenthaltsstatus eine Rolle. Klaus-Dieter Grothe vom Psychosozialen Zentrum Mittelhessen betont, dass Geflüchtete oft kein unterstützendes Umfeld haben, das Warnsignale frühzeitig erkennen könnte. Hinzu kommt die Angst vor Stigmatisierung, die eine Behandlung erschwert. Zwar sind Psychosen gut behandelbar, doch Sprachbarrieren behindern den Zugang zu Therapien. Manfred Becker vom Regierungspräsidium Gießen weist darauf hin, dass in Erstaufnahmeeinrichtungen eine erste psychische Einschätzung erfolgt, aber nach dem Asylbewerberstatus die Kosten für Dolmetscher nicht mehr übernommen werden. Eine politische Lösung fehle seit Jahren. Die Experten fordern bessere Nachsorge, mehr geschulte Sozialarbeiter in Flüchtlingsunterkünften und eine Debatte über das Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit und dem Schutz der Allgemeinheit.

Durchsuchungen auch in Hessen

Eritreas Konflikte nicht in Deutschland austragen

Die deutschen Sicherheitsbehörden stufen die sogenannte Brigade N'Hamedu ein als terroristische Vereinigung. Sie glauben, dass Mitglieder der Gruppe Gewaltaktionen in Deutschland bei [Eritrea](#)-Festivals organisiert haben. 2022 und 2023 in Gießen und 2023 in Stuttgart gab es bei solchen Festivals massive Gewaltausbrüche durch Exil-Eritreer, ebenso in den vergangenen Jahren in den Niederlanden und Schweden. Die Polizei hatte Ende März eine Großrazzia gegen mutmaßliche Mitglieder der Brigade N'Hamedu in sechs Bundesländern durchgeführt. [Hessens CDU-Innenminister Peter Beuth](#) machte nach den Ausschreitungen 2023 in Gießen vor allem die Regierung in Asmara verantwortlich. "Der eritreischen Regierung muss deutlich gemacht werden, dass eritreische Konflikte nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden dürfen", sagte Beuth damals. „Unsere Polizistinnen und Polizisten sind nicht der Prellbock für Konflikte von Drittstaaten.“

Benefizaktion im LDK

Tausche Mangos gegen Schule

"Tausche Mangos gegen Schule" ist eine Benefizaktion zugunsten von Schulen im westafrikanischen Burkina Faso. Der dortige Partner ODE (Entwicklungsbüro evangelischer Kirchen) kann vom Erlös von in Deutschland gesamt 80.000 Mangos abgegebenen Früchten Lehrergehälter zahlen oder auch Reparaturen an Schulen ausführen. Erntefrische Mangos aus Burkina Faso wird es dieses Jahr wieder im Mai bei [TIKATO](#) in Braunfels und Wetzlar sowie in der Kirchengemeinde Naunheim geben. Zur Mindestspende von 3.50 Euro werden die Früchte am 6. Mai in Wetzlar auf dem Markt am Dom ab 8 bis 12 Uhr (solange Vorrat reicht) angeboten, in Braunfels Am Kurpark 6 (vor Zahnarzt Pfütz) von 9 bis 12 Uhr sowie in Naunheim am Freitag 5. Mai und (falls noch Ware vorhanden) am Montag (8. Mai) Schulplatz 2 jeweils von 15 bis 18 Uhr. Im gesamten Kirchenkreis an Lahn und Dill bis hin nach Wettenberg und Lützellinden werden die Mangos in den Kirchengemeinden angeboten.

Vielfalt in Politik und Gesellschaft

SRV-Studie

Junge Zugewanderte seltener politisch aktiv

Migrantinnen und Migranten zwischen 15 und 35 Jahren sind deutlich seltener – in 11 Prozent der Fälle – politisch aktiv als Gleichaltrige ohne Zuwanderungsgeschichte (fast 40 Prozent). Das ist eines der Ergebnisse einer neuen [Studie des Sachverständigenrats für Integration und Migration](#) (SVR). Zu den Gründen zählten demnach fehlende Zugänge zu Politik, mangelnde Repräsentation sowie Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen. Gestärkt werden könne die Teilhabe durch politische Bildungsarbeit und mehr Vorbilder in der Politik.

4

Neuer Bundestag Vielfaltslücke im Parlament

Rund jeder zehnte Abgeordnete im neuen Parlament hat einen Migrationshintergrund (11,6 Prozent). Damit liegt die Repräsentation von Migrantinnen und Migranten im Bundestag deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (30 Prozent) - wie eine Recherche des Mediendienstes zeigt. Was die Gründe sind und wie die Parteien das ändern könnten - darüber sprachen Expertinnen einem [Pressegespräch](#).

Studie zur Bundestagswahl Herkunft entscheidet über Wahlentscheidung

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 haben Menschen mit Migrationserfahrung deutlich unterschiedliche Parteien bevorzugt – abhängig von ihrer jeweiligen Herkunftsregion. Das zeigt eine Analyse des [Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung](#) (DeZIM). Menschen mit Bezug zur MENA-Region (Nahost und Nordafrika) oder zur Türkei wählten überdurchschnittlich häufig SPD, Linke und BSW. Ein anderes Bild zeigt sich bei Wählern, deren Familien aus der ehemaligen Sowjetunion stammen. Sie bevorzugten verstärkt rechte und konservative Parteien. So wählten sie AfD und BSW mit einer um 19,4 bzw. 17,4 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit.

Mehr Platz für Migranten Migranten-Verbände fordern Kabinettposten

[Serap Güler](#) ist die erste türkeistämmige Bundestagsabgeordnete der CDU. Um Menschen mit Migrationsgeschichte zu repräsentieren, müsse die nächste Bundesregierung diesen auch Platz geben, fordert sie. Vertreter von Menschen mit Migrationsgeschichte fordern mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen in einem offenen Brief die Teilhabe dieser Menschen im neuen Kabinett. Sie fordern die Parteispitzen unter anderem dazu auf, [mindestens 25 Prozent der Kabinettposten](#) mit Menschen mit Migrationsgeschichte zu besetzen.

DeZIM - Kurzstudie Vertrauen in Politik unter muslimischen Menschen stark gesunken

Das Vertrauen von Musliminnen und Muslimen in Deutschland in Bundesregierung und Politikerinnen und Politiker ist in den vergangenen Jahren besonders deutlich zurückgegangen. Das zeigt eine neue Kurzstudie des [Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung](#) (DeZIM). Der Anteil der muslimischen Befragten, die der Bundesregierung überhaupt nicht vertrauen, stieg demnach von 12 Prozent im Jahr 2022 auf 22 Prozent im Jahr 2024. Auch das Vertrauen von Deutschen mit Migrationshintergrund ist deutlich gesunken: 21 Prozent vertrauen der Bundesregierung 2024 nicht. Das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker im Allgemeinen ist bei allen Gruppen noch geringer.

5

„Zu viele Ausländer“

Warum die Größe einer Minderheit immer überschätzt wird

Menschen überschätzen die Zahl der Einwanderer oder anderer Minderheiten. Warum? Weil die Mehrheit Angst vor der Minderheit hat, dachten Sozialwissenschaftler bisher. Eine [neue Studie](#) liefert eine bessere Erklärung. Demnach scheinen sich Menschen grundsätzlich bei der Einschätzung von Mengen zu irren, wenn sie zu wenige Informationen haben. Die Fehleinschätzung sagt nach Ansicht der Forscher also weniger über Vorurteile aus als mehr über die Art, wie Menschen grundsätzlich Mengen einschätzen. Je höher die Unsicherheit, desto stärker ist eine verzerrte Wahrnehmung. Bestes Gegenmittel: das Wissen um Minderheiten erhöhen und den Kontakt erhöhen.

Auslegehilfe für Verwaltung und Gerichte

Deutschland hat jetzt eine „Rassismus“-Definition

Eine gesetzliche Definition davon, was unter "Rassismus" konkret zu verstehen ist, gibt es nicht. Auch eine Handreichung oder Empfehlung für Behörden oder die Justiz, wann Rassismus vorliegt, existierte nicht – jedenfalls bis Anfang April. Nun legte die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, Reem Alabali-Radovan (SPD), eine Arbeitsdefinition von Rassismus für die deutsche Verwaltung vor. Die in einem von Expertinnen und Experten in einem mehr als eineinhalb Jahre dauernden Prozess formulierte Definition soll Beamtinnen und Beamten im Alltag mehr Klarheit verschaffen. Sie sei nicht verbindlich, könne aber für das Verwaltungshandeln genutzt werden. Die Arbeitsdefinition des Expertenrats finden Sie [hier](#).

Flucht und Asyl

14. Ausgabe

Atlas über Migration, Integration und Asyl des BAMF

Die Themen Migration, Integration und Asyl bilden das Fundament der Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Mit der aktuellen Ausgabe des ["Atlas über Migration, Integration und Asyl"](#) (Minas) werden diese Themenfelder in kartographischen und informatorischen Grafiken anschaulich gemacht und geben einen aktuellen Überblick über die Arbeit des Bundesamtes und das Migrationsgeschehen in Deutschland, Europa und der Welt.

Chancen, Wege, Miteinander **20 Jahre Integrationsförderung des Bundes**

Seit Einführung der Integrationskurse haben bundesweit insgesamt rund 3,6 Millionen Menschen an 235.000 Kursen teilgenommen und so einen Zugang zu Sprache und Werten der deutschen Gesellschaft erhalten. Den Grundstein für einen bundesweit einheitlichen Integrationskurs legte 2005 das Zuwanderungsgesetz. Mit ihm erhielt das BAMF den Auftrag, die Integration in Deutschland systematisch zu fördern. Tragendes Element dieser Förderung wurden die Integrationskurse, für die das BAMF flächendeckend einheitliche Konzepte, Curricula und standardisierte Abschlussprüfungen erstellte. Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Integrationsförderung erhalten Interessierte auf einer [Website](#) einen Einblick in die Integrationsarbeit der vergangenen beiden Jahrzehnte.

100.000 weniger Asylanträge **Amtliche Zahlen der EU-Asylagentur**

Die Zahl der Asylanträge in der EU sowie in Norwegen und in der Schweiz ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen: Insgesamt wurden in den 29 Ländern 1.014.000 Anträge registriert – genau 100.000 weniger als im Jahr zuvor (minus 11 Prozent). Dies geht aus dem neuen [Jahresbericht der EU-Agentur EUAA](#) mit Sitz in Malta hervor. Grund dafür ist vor allem, dass es in Deutschland weniger neue Asylbewerber gab. Mit etwa 237.000 Erstanträgen war die Bundesrepublik als bevölkerungsreichstes Land in Europa zwar auch vergangenes Jahr wieder Ziel Nummer Eins. Allerdings waren es allein hier 92.000 Anträge weniger, ein Minus von fast 30 Prozent.

Sachverständigenrat (SRV) **Positionspapier zur EU-Asylpolitik**

Am 1. Dezember 2024 nahm die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf. Aus diesem Anlass hat der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) ein [Positionspapier](#) veröffentlicht, das Stellung nimmt zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und der aktuellen Debatte. Die Empfehlungen für die EU-Legislaturperiode 2024 bis 2029 richten sich sowohl an die europäischen Institutionen als auch an die Verantwortlichen im Bund. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Europäische Union den Weg zu einem solidarischen Europa geht und die Asylpolitik gemeinsam umsetzt oder ob die Mitgliedstaaten weiter oder gar verstärkt Alleingänge beschreiten. Der SVR empfiehlt in seinem Papier eine grundsätzlich sachlichere und differenziertere Debatte zur Asyl- und Migrationspolitik sowie eine rasche und umfassende Umsetzung der bereits beschlossenen GEAS-Reform. Dabei müssten jedoch flüchtlings- und menschenrechtliche Standards gewahrt bleiben.

Mentale Gesundheit

Psychosoziale Unterstützung für Flüchtlinge

Über die psychologische Betreuung von Menschen, die nach Deutschland flüchten und möglicherweise traumatisiert sind, wurde zuletzt auch im Zusammenhang mit Straftaten und Anschlägen diskutiert. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums sind für dieses Jahr [4,9 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für die psychosoziale Betreuung](#) geflüchteter Menschen gesichert. Mit dem Bundesprogramm unterstütze die Bundesregierung die Wohlfahrtsverbände und darüber auch die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer. Offiziellen Erhebungen zufolge lebten Ende 2023 knapp 3,2 Millionen Schutzsuchende in Deutschland. Das gibt rein rechnerisch ein Budget von gut 1,53 Euro für die psychologische Betreuung eines Schutzsuchenden. Nach vorliegenden Zahlen erhalten nur drei Prozent von Asylsuchenden, die eine psychosoziale Versorgung benötigen, adäquate Hilfe.

Aus der Forschung

Bleibeperspektive hat Auswirkungen auf mentale Gesundheit

Schlechte Lebensbedingungen im Herkunftsland und unsichere Zukunftsaussichten in Deutschland sind entscheidende Faktoren für die psychische und die körperliche Gesundheit von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Das berichtet eine Arbeitsgruppe des [Hamburg Center for Health Economics](#) im Fachmagazin BMC Public Health, auf das das [Deutsche Ärzteblatt](#) hinweist. Von entscheidender Bedeutung ist laut den Forschern, die Aktivitäten zur sozialen Integration auszubauen und auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Interaktionen zwischen Personen aus verschiedenen Gruppen – insbesondere Einheimischen und Flüchtlingen – könnten zudem wichtige Maßnahmen sein, um die Bedenken gegenüber Zuwanderung zu zerstreuen und Fremdenfeindlichkeit abzubauen. Die Forscher empfehlen dazu unter anderem soziale Netzwerke und zivilgesellschaftliche Tandemprojekte.

Kinder und Jugendliche aus der Ukraine

Mehr Sprachkompetenz weniger Zugehörigkeitsgefühl

Kinder und Jugendliche aus der Ukraine sprechen inzwischen oft gut Deutsch – fühlen sich aber weniger zu ihrer Schule zugehörig als Gleichaltrige ohne Fluchthintergrund. Unter den mehr als einer Million Ukrainerinnen und Ukrainern, die seit Februar 2022 in Deutschland Schutz gefunden haben, befinden sich etwa 357.000 Minderjährige. Einen Teil von ihnen, die 11- bis 17-Jährigen, hat das [Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung \(BiB\)](#) in einer Zusatzbefragung des BiB/FReDA-Projekts „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland“ nun erstmals selbst zu ihrer Lebenssituation befragt. Während bei ihrer Ankunft mehr als 92 Prozent keine Deutschkenntnisse besaßen, sprach im Sommer 2024 mehr als die Hälfte (51 Prozent) der Schülerinnen und Schüler nach eigenen Angaben gut oder sehr gut Deutsch; weitere 35 Prozent beurteilten ihre Deutschkenntnisse als nicht gut, aber auch nicht schlecht. Die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls zur Schule wird als ein wichtiger Baustein zur Integration in Deutschland angesehen. Der Großteil der befragten Minderjährigen aus der Ukraine zeigt bislang aber nur ein relativ geringes Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Schule.

Flickenteppich Deutschland

Wo gilt was bei der Bezahlkarte?

Die Bezahlkarte für Asylbewerber und Geduldete wird nach und nach in den Bundesländern eingeführt. Eine [Mediendienst-Recherche](#) zeigt: Je nach Bundesland gelten unterschiedliche Regeln – etwa beim Bargeld-Limit für Abhebungen. Mittlerweile ist die Bezahlkarte überall gestartet, außer in Berlin. Doch die Nutzungsregeln für die Karte unterscheiden sich zum Teil deutlich. Während zum Beispiel in Bayern grundsätzlich keine Online-Käufe möglich sind, erlauben die meisten anderen Bundesländer diese. Befürworter der Bezahlkarte verweisen auf die praktischen Vorteile: Das monatliche "Abholen" des Geldes beim Amt entfällt. Flüchtlinge könnten einfacher bezahlen, auch wenn sie noch kein Bankkonto besäßen, so etwa die Stadtverwaltung Hannover. Kritiker hingegen argumentieren, durch die Beschränkungen bei der Bezahlkarte werde das alltägliche Leben von geflüchteten Menschen erschwert.

BAMF-Kurzanalyse

Bleibe- und Rückkehrabsichten von Geduldeten

Je besser die Situation im Herkunftsland, desto höher die Rückkehrabsicht – eine Erwerbstätigkeit in Deutschland wiederum erhöht die Bleibeabsicht. Das ist eines der [Ergebnisse der Kurzanalyse](#) des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Befragt wurden dazu Geflüchtete aus Nigeria, Ghana, Gambia und Sierra Leone. Ein entscheidender Faktor für die Entscheidung sei die Familie. Weniger ausschlaggebend sei die Aufenthaltsdauer in Deutschland. Und: Rückkehrhilfen oder eine drohende Abschiebung erhöhten die Absicht, zurückzukehren, nicht wesentlich.

Nach 10 Jahren zurück in Syrien

Zwischen Heimkehr und Heimatlosigkeit

Der Hamburger [Journalist Hussam Al Zaher](#) kehrte im letzten Monat erstmals seit seiner Flucht 2014 nach Syrien zurück, um seine Familie in Damaskus und seinen Heimatort al-Dyabiyeh zu besuchen. Der Anlass war der politische Umbruch durch den Fall des Assad-Regimes, der Hoffnung und Aufbruchsstimmung unter Syrern weltweit auslöste. Während das Wiedersehen mit den Angehörigen bewegend war, zeigte sich Damaskus selbst stark verändert: geprägt von Armut, Zerstörung und Perspektivlosigkeit. Die einst lebendige Stadt wirkte gelähmt – durch Krieg, Korruption und jahrzehntelange Unterdrückung. Dennoch gab es auch Zeichen von Hoffnung: Menschen, die ihr Leben langsam wieder aufbauen. Der Besuch verstärkte das Bewusstsein des Autors für seine doppelte Identität zwischen Hamburg und Syrien. Er reflektiert darüber, wie beide Welten – die sichere, neue Heimat in Deutschland und die verletzte, aber tief verbundene alte Heimat – in ihm weiterleben. Viele Syrerinnen und Syrer hofften auf eine Rückkehr in ein freies Syrien, jedoch nur mit der Sicherheit eines deutschen Passes, um nicht erneut schutzlos zu sein.

Rückkehr nach Syrien

Realitätscheck aus Sicht der empirischen Migrationsforschung

Das Assad-Regime war kaum gestürzt, da erklangen bereits die ersten politischen Forderungen nach einer Rückführung syrischer Geflüchteter aus Europa. Die Grundlage für ihren Schutzstatus sei mit dem Ende des Bürgerkriegs in Syrien nicht mehr gegeben. Die Kernbotschaft einer [empirischen Analyse](#) aus der Migrationsforschung lautet: Eine Rückkehr nach Syrien ist momentan weder realistisch noch human, solange es keine Sicherheit und Lebensperspektive gibt. Politik sollte sich stattdessen auf Integration und Stabilisierung konzentrieren – in Deutschland und in Syrien.

Rückkehr in den Irak

Mehrsprachige Informationen für Flüchtlinge aus dem Irak

Eine [neue Handreichung](#) informiert über die Grundzüge des Asylrechts, einschließlich des möglichen Widerrufs eines ursprünglich erteilten Schutzstatus. Im Hauptteil geht die Broschüre auf die Themen Duldung und Ausreisepflicht, auf Möglichkeiten der "Aufenthaltsverfestigung" (also dem Übergang in eine Aufenthaltserlaubnis) sowie auf die Situation bei bevorstehender Ausreise oder Abschiebung ein (Abschiebungshaft und Rückkehrberatung). Die Publikation wurde auf Deutsch, in den kurdischen Sprachen Kurmandschi und Sorani sowie auf Arabisch veröffentlicht.

Flüchtlinge willkommen

Was ein CSU-Bürgermeister anders macht

Die Akzeptanz gegenüber geflüchteten Menschen bröckelt. Viele Kommunen sind überlastet. Doch nicht überall spürt man Überforderung und Abwehrhaltung. Der [CSU-Bürgermeister Richard Reischl](#) aus Hebertshausen (Landkreis Dachau) verfolgt eine besonders pragmatische, solidarische und integrationsorientierte Flüchtlingspolitik. Sein 6.000-Einwohner-Ort hat in den letzten Jahren vier- bis fünfmal mehr Geflüchtete aufgenommen als gesetzlich vorgeschrieben – und das mit bemerkenswertem Erfolg. Reischl organisiert mit Bürgern Aktionen wie eine Lichterkette für Toleranz, um ein Zeichen für ein friedliches Miteinander zu setzen. Seine Gemeinde lehnt die „Das-Boot-ist-voll“-Rhetorik ab. Statt Geflüchtete nur zu verwalten, bringt Reischl sie gezielt in Arbeit – bei örtlichen Betrieben wie Bäckereien, Landwirten oder dem Bauhof. Das nimmt Ängste in der Bevölkerung, etwa dass Geflüchtete „nur auf der Tasche liegen“. Reischl fordert auch von seiner eigenen Partei weniger Stimmungsmache und mehr konstruktive Lösungen, etwa durch Lockerung der Arbeitsverbote – besonders für Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern. Er informiert seine Bürger offen darüber, wer kommt und bleibt, wodurch Ängste und Vorurteile abgebaut werden.

Bundessozialgericht

Ist die Kürzung von Grundleistungen verfassungswidrig?

Für das [Kürzen der Grundleistungen](#) für alleinstehende Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften fehlt es an einer verfassungsgemäßen Begründung. Die Annahme des Gesetzgebers, dass alleinstehende Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften mit anderen Bewohnern gemeinsam aus einem Topf wirtschaften und sparen, sei nicht ausreichend belegt, entschied das Bundessozialgericht in einem kürzlich bekanntgegebenen Beschluss. (AZ: B 8 AY 1/22 R) Die Kasseler Richter setzten deshalb ein entsprechendes Verfahren aus und legten den Streit dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Eine Entscheidung hierzu steht noch aus.

vhs Ehrenamtsportal

Mehr Resilienz im Ehrenamt

Für den ehrenamtlichen Alltag benötigt man neben Empathie und Teamfähigkeit auch Resilienz. Das vhs-Ehrenamtsportal bietet [neues Lernmaterial](#) zu diesem Thema an. Was ist Resilienz, wie kann man die Ursachen für Stress erkennen und wie geht man mit stressigen Situationen um? In fünf Lektionen gibt es hier ein sehr gut aufbereitetes Informationsangebot mit Selbstchecks, Links und wertvollen Hinweisen zum Selbststudium.

Arbeit und Bildung

DIW-Studie

Soziale Herkunft entscheidet über einen guten Schulstart

Die schulischen Fähigkeiten sind einer [Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung](#) (DIW) zufolge besonders stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Bei sprachlichen Kompetenzen sei dieser Zusammenhang in Deutschland stärker als in allen anderen untersuchten Ländern. Mathematische Kompetenzen seien nur in den USA ähnlich durch soziale Ungleichheit bedingt wie hierzulande. Demnach können in Deutschland 19,5 Prozent der sprachlichen Kompetenzunterschiede bei Schulbeginn mit der Herkunft erklärt werden. Die schlechten Werte Deutschlands können laut Studie vor allem mit mangelhaften frühkindlichen Bildungsangeboten erklärt werden. Passend hierzu finden Sie ein Interview mit dem Bildungsforscher [Aladin El-Mafaalani](#) in der neuen Ausgabe des [fluter](#).

Bildung

Mehr ausländische Schüler und Studierende

1,9 Millionen [Schülerinnen und Schüler](#) in Deutschland haben einen ausländischen Pass – das sind 16 Prozent aller Schüler und 6 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch immer mehr [ausländische Studierende](#) sind hier an Hochschulen eingeschrieben, im Wintersemester waren es über 490.000. Das zeigen vorläufige Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die der Mediendienst zusammengestellt hat.

Internationale Studierende

Wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung

Die Ausbildung ausländischer Studentinnen und Studenten an deutschen Hochschulen rechnet sich einer Studie zufolge langfristig auch für Deutschland selbst. Jeder Jahrgang internationaler Studierender trage langfristig rund achtmal mehr zu den Einnahmen der öffentlichen Haushalte bei, als der Staat für ihn oder sie per Saldo investiere, heißt es in einer [Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#) im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).

Integrationskurse

Neue Zahlen zu den Kürzungen

Im vorläufigen Haushalt für 2025 wurden die Mittel für die Integrationskurse deutlich gekürzt. Im Februar hatte der Haushaltsausschuss des Bundestags zwar weitere Gelder für die Kurse bewilligt. Diese reichen nach Meinung von Fachleuten aber noch immer nicht aus. Alle Updates finden Sie [hier](#).

Migrationsdebatte

Deutschland braucht 400.000 Migranten pro Jahr

Marcel Fratzscher leitet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). In einem Beitrag für [Zeit Online](#) kritisiert er die aktuelle Migrationspolitik der Ampelregierung, die sich zuletzt stärker auf Restriktionen, Leistungskürzungen für Flüchtlinge und Abschiebungen konzentriert habe. Migration war ein zentrales Thema im Bundestagswahlkampf. Um wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität zu sichern, sollte die neue Bundesregierung das Ziel verfolgen, jährlich netto 400.000 ausländische in gute Arbeit zu bringen. Drei zentrale Fakten hebt Fratzscher hervor: Deutschland hat rund 1,7 Millionen offene Stellen, in den nächsten zehn Jahren gehen fünf Millionen mehr Menschen in Rente, als junge nachrücken und der Fachkräftemangel ist neben Nachfrageproblemen und Bürokratie eines der größten Probleme für Unternehmen. Sein Fazit: Deutschland braucht dringend mehr Zuwanderung – nicht weniger.

Überblick

Ab wann Flüchtlinge arbeiten dürfen

In Deutschland dürfen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in den ersten drei Monaten nach ihrer Ankunft grundsätzlich nicht arbeiten. Muss die betroffene Person in einer Aufnahmeeinrichtung leben, verlängert sich das Arbeitsverbot auf sechs Monate. Danach ist eine Arbeitserlaubnis der Ausländerbehörde erforderlich. Anerkannte Flüchtlinge dürfen hingegen sofort arbeiten und sind deutschen Arbeitnehmern gleichgestellt. Für Geduldete – also abgelehnte Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden können – bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt eingeschränkt. Sie benötigen ebenfalls eine Genehmigung der Ausländerbehörde, die jedoch oft schwer erhältlich ist. Fehlende Mitwirkung bei der Identitätsklärung kann den Zugang zum Arbeitsmarkt komplett verhindern. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie abgelehnte Asylsuchende ohne Duldung dürfen grundsätzlich nicht arbeiten. Eine Ausnahme bilden Geflüchtete aus der Ukraine: sie können ohne Asylverfahren sofort Arbeit aufnehmen. Unabhängig vom Asylsystem gibt es für ausländische Fachkräfte unterschiedliche Möglichkeiten zur Arbeitsmigration, etwa über die Blaue Karte EU oder die neue Chancenkarte – letztere ermöglicht Jobsuchenden mit anerkannten Abschlüssen und Sprachkenntnissen bis zu einem Jahr Aufenthalt zur Arbeitssuche in Deutschland.

Europäischer Vergleich

Wie kommen mehr Flüchtlinge in Arbeit?

Das Thema „Migration“ prägte den Bundestagswahlkampf. Relativ wenig diskutiert wurde, wie Deutschland die ins Land gekommenen Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Eine Hürde ist dabei die deutsche Bürokratie. Komplexe Vorschriften, aber auch langsame Verwaltungen (z. B. bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen) verhindern oft die Annahme von Jobs durch Geflüchtete. Wie machen das andere EU-Länder? Ein ARD-Bericht schaut nach Polen, Dänemark und nach Frankreich, wo die Arbeitsmarktintegration weitaus besser funktioniert.

Ungewisse Zukunft

Knapp 300.000 Ukrainer arbeiten in Deutschland

Die Arbeitsmarktintegration von Menschen aus der Ukraine schreite voran, hieß es von der Bundesagentur für Arbeit. Knapp drei Jahre nach dem russischen Angriff arbeiten in Deutschland fast 300.000 Ukrainerinnen und Ukrainer. Trotzdem gibt es weiterhin große Hürden beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, vor allem nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Von den insgesamt 1,2 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine können sich immer mehr vorstellen, langfristig in Deutschland zu bleiben.

Hürden auf dem Arbeitsmarkt

Wie geflüchtete Frauen in Sachsen-Anhalt einen Job finden

Trotz des akuten Fachkräftemangels bleibt die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen eine Herausforderung: Während zwei Drittel der geflüchteten Männer einen Job finden, sind es bei Frauen nur 30 Prozent. Hauptursachen sind fehlende Sprachkenntnisse, lange Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse sowie familiäre Verpflichtungen. Das [Caritas-Projekt „Asami“ in Magdeburg und Halle](#) unterstützt geflüchtete Frauen mit Sprachkurs-Vermittlungen, Beratung und Empowerment-Angeboten. Seit 2023 fanden so 50 von 450 betreuten Frauen eine Stelle. Besonders alleinerziehende Frauen aus der Ukraine kämpfen mit Kinderbetreuung und der Suche nach Teilzeitjobs. Auch Arbeitgeber zögern oft aufgrund unsicherer Aufenthaltsstatus und bürokratischer Hürden. Dennoch berichten einige Betriebe von positiven Erfahrungen mit geflüchteten Mitarbeitenden. Projekte wie Asami fördern deshalb den Austausch zwischen Unternehmen und Geflüchteten. Doch Sachsen-Anhalt bleibt bislang meist nur Durchreisestation – viele Geflüchtete ziehen weiter in Ballungsräume mit besseren Jobchancen und familiären Netzwerken. Das gesellschaftliche Klima spielt dabei eine wichtige Rolle: Wenn Geflüchtete sich nicht willkommen fühlen, bleiben sie nicht.

IAB-Studie

Bürgergeld hält Migranten nicht von Arbeitsaufnahme ab

Seit Einführung des Bürgergelds wurde vielfach diskutiert, ob diese Form der sozialen Sicherung Geflüchtete und Migranten möglicherweise davon abhält, sich aktiv um Arbeit zu bemühen. Eine aktuelle Untersuchung des [Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\)](#) kommt nun zu einem anderen Schluss: Der Bezug von Bürgergeld stellt kein Hindernis für die Integration in den Arbeitsmarkt dar. Seit der Einführung der Grundsicherung für Erwerbslose im Jahr 2005 stieg die Erwerbstätigenquote von Migranten kontinuierlich von damals 58 Prozent auf nunmehr 69 Prozent im Jahr 2023.

KOFA-Studie

Fachkräftemangel im ländlichen Raum

In ländlichen Regionen Deutschlands ist der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt – ohne Zuwanderer wäre die Lage noch dramatischer. Laut einer [Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung \(Kofa\)](#) ist die Zahl ausländischer Fachkräfte dort zwischen 2022 und 2023 deutlich gestiegen, während die Zahl qualifizierter Deutscher sank. In dünn besiedelten Regionen sind rund 62 Prozent der offenen Fachkraftstellen nicht besetzbar – ein Wert, der in Städten deutlich niedriger liegt. Besonders im Gesundheitsbereich zeigt sich die Bedeutung von Zuwanderung: Bereits jede sechste Pflegekraft stammt aus dem Ausland. Gleichzeitig sind gerade hochqualifizierte Akademiker auf dem Land selten. Fast drei Viertel der offenen Expertenstellen bleiben unbesetzt. Die Autoren der Studie fordern deshalb, den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten – etwa durch Start-up-Förderung, Forschungseinrichtungen, gute Infrastruktur und klare Kommunikation der Lebensqualitätsvorteile wie günstiger Wohnraum oder Naturnähe.

Handlungsempfehlung

Antidiskriminierung in der betrieblichen Praxis

Wie können Unternehmen Gleichbehandlung fördern und Diskriminierung vorbeugen? Die [Charta der Vielfalt](#) hat mehr als dreißig Unternehmen gefragt, was sie tun, um Menschen effektiv vor Diskriminierung zu schützen. Dafür hat sie die Unternehmen besucht, Werkstattgespräche geführt, Maßnahmen gegen Diskriminierung in den Betrieben aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und Erfahrungen und Best Practices festgehalten. Das Ergebnis ist eine Sammlung von Maßnahmen, die Unternehmen bereits erfolgreich eingeführt haben, um diskriminierungssensible Strukturen zu schaffen und Diskriminierung entgegenzuwirken. Sie reichen vom Code of Conduct über Kampagnen und Sensibilisierungsworkshops für Mitarbeitende bis hin zu dezentralen Beschwerdestellen mit entsprechenden Verantwortlichen in allen Abteilungen.

Desintegration

Demokratieatlas

Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Handeln

Rechtsextremismus ist aktuell die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Immer mehr Engagierte möchten dem etwas entgegensetzen. Dafür braucht es ein wenig Handwerkszeug: Was ist eigentlich Rechtsextremismus? Wie erkenne ich extrem rechte Akteure und ihre Strategien? Und vor allem: Was kann ich selbst gegen Rechtsextremismus unternehmen? Wie kann ich Betroffene stärken? Der [Demokratieatlas](#) der Amadeu Antonio Stiftung bietet Antworten, mutmachende Praxisbeispiele sowie wichtige Quellen und Anlaufpunkte.

Jährlicher Rassismusmonitor

Rassistische Einstellungen weit verbreitet

Laut einer repräsentativen [Studie](#) des [Rassismus-Monitors](#) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung ([DeZIM](#)) von 2025 sind rassistische Einstellungen weit verbreitet: 23 Prozent der Befragten finden, dass ethnische und religiöse Minderheiten zu viele Forderungen nach Gleichberechtigung stellen. 22 Prozent glauben, dass sie in den letzten Jahren mehr profitiert haben, als ihnen zusteht. Jede zweite Person (54 Prozent), die einer ethnischen oder religiösen Minderheit angehört, erlebt mindestens einmal im Monat Diskriminierung. Besonders betroffen sind muslimische Frauen und Schwarze Menschen.

Fakten, Fakes und Vorurteile

Migration und Kriminalität

Die Diskussion um „Ausländerkriminalität“ ist hoch emotional, doch aktuelle Studien und die [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#) zeichnen ein differenziertes Bild. Zwar sind ausländische Tatverdächtige statistisch überrepräsentiert, aber nicht wegen ihrer Herkunft. Entscheidend sind soziale und strukturelle Faktoren. Das [ifo-Institut](#) zeigt: Es gibt keinen systematischen Zusammenhang zwischen einem steigenden Ausländeranteil und der Kriminalitätsrate. Entscheidend ist der Wohnort – Ballungsräume mit hoher Armut, Dichte und Polizeipräsenz fördern Kriminalität generell, unabhängig vom Pass. Auch [BKA-Präsident Münch](#) betont: Lebensbedingungen, nicht Nationalität, bestimmen das Risiko. Armut, Bildungsferne, Gewalt in der Kindheit oder prekäre Unterkünfte sind Haupttreiber. Innenministerin Faeser ruft zu einer sachlichen Debatte ohne Ressentiments auf. Kriminalität lässt sich am besten durch Integration und Arbeitsmarktzugang vorbeugen. Passend hierzu ein Interview mit der [Kriminologin Gina Wollinger](#).

Wohin denn gehen?

Betroffene berichten zu Rechtsruck in Deutschland

Rassismus und rechte Gewalt nehmen in Deutschland spürbar zu – das zeigen die eindringlichen [Berichte von fünf Menschen](#), die täglich um Sicherheit, Zugehörigkeit und Würde ringen. Arif, afghanischer Flüchtling in München, beschreibt, wie das Misstrauen trotz Integration bleibt – und rechte Hetze sein Gefühl von Heimat zerstört. Alice K. erlebt in Dresden alltägliche rechte Pöbeleien. Sie passt sich an, bleibt leise – aus Angst. Gleichzeitig kämpft sie mit der inneren Zerrissenheit: Gehen oder bleiben? Dina Kunze, 80, Jüdin und Tochter von Auschwitz-Überlebenden, sieht sich seit dem Hamas-Angriff mit Antisemitismus konfrontiert – plötzlich verdächtigt und allein gelassen. Simone floh mit ihrer Familie aus Sachsen ins Wendland. Zu stark war der Druck, zu präsent die rechte Dominanz – sie wollte ihren Sohn nicht in Angst großziehen.

Forschungsbedarf

Antislawischer Rassismus

Menschen aus dem östlichen Europa erlebten und erleben in Deutschland vielfach Diskriminierung und Ausgrenzung. Im öffentlichen Bewusstsein und in aktuellen antirassistischen Debatten stellen ihre Erfahrungen jedoch einen weitgehend blinden Fleck dar. Antislawischer Rassismus oder auch Antislawismus ist eine Form von Rassismus, die sich gegen Menschen richtet, die aus (Mittel-)Osteuropa kommen oder dem zugeschrieben werden. Im pseudo-wissenschaftlichen rassistischen Diskurs seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die „Slawen“ als eine eigene, minderwertige „Rasse“ konstruiert. Die, damit verbundenen, Vorurteile und Diskriminierungen basieren auf pauschalisierenden und abwertenden Zuschreibungen, die auf einer vermeintlichen Kulturlosigkeit beruhen. Mehr Informationen zur Geschichte und zu Formen dieser Diskriminierungsart finden Sie in der [Vielfalts-Mediathek](#)

Klimawandel und Migration

Sicherheitsrisiken auch für Deutschland

Eine nationale Studie stuft den Klimawandel als eines der größten Sicherheitsrisiken für Deutschland ein. Der im Auftrag von Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium erstellte Report warnt vor Ernteaussfällen, Preisschocks und wirtschaftlichen Einbußen, die politische Instabilität und verstärkte [Migration zur Folge haben](#) könnten. Die Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung finden Sie [hier](#).

Schutz in Mexiko?

US-Regierung entzieht Aufenthaltsrecht von über 500.000 Migranten

Die Zahl der Menschen in den USA ohne gültige Papiere wird bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 340 Millionen auf elf Millionen geschätzt. Laut einer [neuen Umfrage des Pew Research Center](#) sind 32 Prozent der US-Amerikaner der Ansicht, alle Menschen ohne Papiere sollten abgeschoben werden, 51 Prozent wollten „manche“ abschieben. Die Regierung von US-Präsident Donald Trump hat beschlossen, rund 530.000 Migrant*innen aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela den temporären legalen Status zu entziehen. Bis Ende April sollen sie eigenständig das Land verlassen, andernfalls solle es zu Festnahmen und Massenabschiebungen kommen, [berichtet der Spiegel](#). Zudem kündigte das Heimatschutzministerium die Abschaffung von drei Abteilungen an, die verantwortlich für den Schutz der Bürgerrechte sind. Grund dafür seien die Widerstände bei der Durchsetzung der aktuellen Migrationspolitik.

Aufenthaltstitel zu verkaufen

US-Gold Card für Superreiche

Präsident Trump will wohlhabenden US-Einwanderern den Weg zur Einbürgerung erleichtern - für eine Gegenleistung. Für fünf Millionen Dollar sollen sie sogenannte ["Gold Cards"](#) erwerben können. Als mögliche Zielgruppe nannte Trump russische Oligarchen.

Oscar nominiert**Die Saat des heiligen Feigenbaums**

Das in Hamburg geförderte und produzierte Drama ["Die Saat des heiligen Feigenbaums"](#) des Iraners Mohammad Rasoulof war als bester internationaler Film 2025 nominiert. Am Ende aber gab es keinen Oscar. In dem Drama geht es um einen Ermittlungsrichter in Teheran, seine Familie und die Situation im Iran. Nach der Beförderung Imans zum Ermittlungsrichter am Revolutionsgericht in Teheran, der auch Todesurteile zu unterzeichnen hat, wächst nicht nur seine Verantwortung und sein Ansehen, sondern auch seine Angst. Einerseits vor seinen Vorgesetzten, andererseits vor möglichen Angriffen oder Attentaten in einer Zeit, in der es auf den Straßen immer wieder zu Protesten kommt, bei denen Hunderte Menschen jeden Tag verhaftet oder verurteilt werden. Der Richter ergreift immer drastischere Maßnahmen - auch gegen die eigene Familie und setzt soziale Normen und die Regeln des Familienlebens außer Kraft.

„Das Deutsche Volk“**Eine Hanau-Dokumentation aus Sicht der Angehörigen**

Zum fünften Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau feierte die Dokumentation „Das Deutsche Volk“ Weltpremiere bei der Berlinale. [Regisseur Marcin Wierzchowski](#) hat die Angehörigen seit dem ersten Tag begleitet. Im Film spielen Themen wie Identität und Herkunft eine wichtige Rolle. Dass die meisten der Getöteten in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, ein Rechtsextremer sie aber nicht als Deutsche anerkannte, dass sie nach dem Attentat auch von Teilen der Medien als Nicht-Deutsche porträtiert wurden, sei das eine. Dass diese Zuschreibung bis heute auch den Hinterbliebenen anhaftet, sei das andere, so der in Frankfurt lebende polnische Regisseur Marcin Wierzchowski.



Abdassamad El Yazidi **Für einen interreligiösen Dialog**

Der 49-jährige [Abdassamad El Yazidi](#) ist neuer Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD). Als Sohn marokkanischer Gastarbeiter betont er die tiefe Verwurzelung von Muslimen in der deutschen Gesellschaft. „Wir sind deutsche Muslime“, sagt er – und kritisiert zugleich, dass viele sich als Bürger zweiter Klasse fühlen. El Yazidi war zuvor Generalsekretär des ZMD und engagiert sich seit Jahren für den interreligiösen Dialog. Er setzt sich für ein weltoffenes, vielfältiges Islamverständnis ein, das über ethnische Grenzen hinausgeht. Besonders die junge Generation spüre jedoch zunehmende Ablehnung – eine Entwicklung, die ihn alarmiert. Trotz Kritik an seiner Organisation – etwa wegen früherer Verbindungen problematischer Moscheen – setzt El Yazidi auf Reformen, Transparenz und demokratische Strukturen. Für ihn steht fest: Der Islam gehört zu Deutschland – und Dialog ist der Schlüssel für ein friedliches Miteinander.

Rawad Zyadeh **Vom Kellner zum Abteilungsleiter**

Vor zehn Jahren kam [Rawad Zyadeh](#) als syrischer Flüchtling nach Deutschland. Heute leitet er beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge Schleswig-Holsteins größte Abteilung. In Syrien war er Anwalt, bis der Bürgerkrieg und die Wehrpflicht ihn zur Flucht zwangen. Über eine dramatische Reise gelangte er in den Libanon, wo er als Kellner arbeitete, bevor ihn das UN-Resettlement-Programm nach Deutschland brachte. Der Neustart war hart: Krankheit, Sprachbarrieren und über 130 erfolglose Bewerbungen. Doch Zyadeh kämpfte sich durch – machte seinen Master in Kiel, spezialisierte sich auf das Thema Resettlement und überzeugte schließlich das Rote Kreuz und später die Landesbehörden. Heute setzt er sich für Integration ein – mit Verständnis für beide Seiten. Er gründete ein Netzwerk syrischer Geflüchteter in Schleswig-Holstein und lebt mit seiner Familie in Kiel. Für ihn steht fest: „Deutschland hat mir nicht nur eine Chance gegeben – es hat mir meine Würde zurückgegeben.“

Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

wir@lahn-dill-kreis.de, Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Fotos: LDK, privat, [Pixabay](#) und [Pexels](#)

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Carsten Braun, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364